

**An die
Mülheimer Medien**

18. Januar 2017

**CDU-Fraktion: „Fake-News – Grüne schon feste dabei!“**

„Wenn der Grünen-Fraktionssprecher Tim Giesbert behauptet, dass Wolfgang Michels und seine politischen Freunde gewillt waren, aus Gründen der Eigenprofilierung 160 Millionen € Fördermittel (was er immer damit meint) auszuschlagen, ist das in mehrfacher Hinsicht schlicht falsch und der plumpe Versuch, Fake News über die Medien zu verbreiten“, er-

klärt CDU-Fraktionsvorsitzender Wolfgang Michels in Reaktion auf die neuerliche Attacke der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur umstrittenen Ratsentscheidung über den städtischen Etat 2017.

Die CDU-Fraktion wollte mit ihren Änderungsanträgen zum Etat-Entwurf der Stadtspitze weitere Einsparungen, z.B. beim Personal, erreichen. Die vorgeschlagene Grundsteuererhöhung um 30 Hebesatzpunkte lehnte die CDU-Fraktion ab, da sie für den Haushaltsausgleich im Rahmen des HSK nicht erforderlich war. In den Etat-Gesprächen weigerten sich die Grünen beharrlich, Einsparungen mitzutragen, sie hielten auch unverdrossen bis 5 vor 12 an der Grundsteuererhöhung fest. Der Stimmenkauf bei der Linken gelang allerdings nur dadurch, dass auch die Grünen in letzter Minute auf die Grundsteuererhöhung verzichteten, dafür Geschenke auch an sich selbst verteilten, die den Haushalt aufblähten, und stattdessen dann die Gewerbesteuer erhöhten. Mit der Unterstützung der Änderungsanträge und -vorschläge der CDU-Fraktion hätte Rot-Grün-Rot sicher die Grundlage schaffen können, die Teilnahme Mülheims am NRW-Stärkungspakt – mit einer Entschuldigungshilfe der Steuerzahler in Höhe von 160 Mio. € - , bei Gesamtschulden in Höhe von über 1,6 Mrd. €, zu ermöglichen. Die Unterstützung der CDU-Fraktion hierfür hat Rot-Grün-Rot mit ihrem gegenteiligen Etat-Eckpunktepapier mit unnötigen Ausgabenerhöhungen in Millionenhöhe verhindert.

Wolfgang Michels abschließend: „Wenn die rot-grüne Regierungspräsidentin Lütkes ihre in den bisherigen Etat-Genehmigungsverfahren erhobene Forderung nach Personalkosteneinsparungen ernst meint, kann sie eigentlich den von Rot-Grün-Rot aufgeblähten Haushalt 2017 trotz der von Rot-Grün-Rot durchgesetzten Gewerbesteuererhöhung nicht genehmigen. Dann wäre eine

wesentliche Voraussetzung zur Teilnahme Mülheims am NRW-Stärkungspakt nicht gegeben. Es ist an der Zeit, dass Frau Lütkes Rot-Grün-Rot für die unseriöse Haushaltspolitik die rote Karte zeigt.“

F.d.R.

Hansgeorg Schiemer

-Fraktionsgeschäftsführer-